

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“ — Sonntag: „Die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“ und „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Reise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“

Wöchentlich 1,- Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: 1 mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen 20 mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag, Ulstein. Oberredakteur: Georg Bernhard Strauß. Vorstand: Ulstein. Handelsl.: V Dr Graf Montagu. Blin. UV. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Parasch-Zentrale Ulstein: Amt Düsselhoff 411 3000-3065, für den Paraverkkehr Amt Düsselhoff 3000-3078. Teleqram-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 690.

Zwei Vorschläge an Deutschland Von Kuritz nach Ikehoe

Vor der Entscheidung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

\* Paris, 12. April

Die Delegierten der Göttingerstaaten haben heute in zwei langen Sitzungen ihre Vorschläge an die deutschen Gesandten gegenüber den englischen formuliert. Demnach vorläufig am 14. 15. werden die heute fertiggestellten Entwürfe in einer Volltagung der Konferenz der deutschen Delegation in Form eines Memorandum überreicht werden. Diese Sitzung wird ein formales Charakter tragen. Die einzelnen Delegationen werden das Memorandum bis Anfang nächster Woche geprüft haben, so daß die Diskussion darüber beginnen kann.

Wie der „Times“ über das Kompositum der Göttinger zu melden weiß, sollen sich in letzter Stunde sogar die Amerikaner, um das Kompositum zu erleichtern, zu einer Konzeption bereit gefunden haben, und hinsichtlich der ihnen als Rückhalt auf die Delegationsarbeiten geschilderte eine Milliarde Mark weitgehendes Entgegenkommen gezeigt haben.

Auf der gleichen Quelle soll die Verhängung auf ein Anreizbetrag erfolgt sein, für dessen Begründung und Amerikalisierung zwei Vorschläge in Aussicht genommen seien.

Erstens: ein System variabler Annuitäten, die mit 17 Milliarden 600 Millionen für die Zahlung an Amerika, 100 Millionen für den Dienst der Danes-Anleihe und 700 Millionen für die alliierten Aufwandsarbeiten beginnen und allmählich bis zu 24 Milliarden ansteigen sollen, um dann vom 37. bis zum 50. Jahre nach Abgeltung der eigentlichen Reparationsentschuldigung wieder auf 1,7 Milliarden zu fallen.

Zweitens: ein System unvariabler Annuitäten, die in den ersten 37 Jahren sich auf 2,1 bis 2,2 Milliarden, in den letzten 21 Jahren auf 1,7 Milliarden belaufen würden.

Darüber hinaus seien allerdings noch einige andere Kombinationen in Aussicht genommen, über die zusammen mit der deutschen Delegation beraten werden soll. Die endgültige Überarbeitung der neuen alliierten Vorschläge an Dr. Schmidt wird noch im Laufe des heutigen Abends erfolgen. Die erste Volltagung des Komitees nach einer Pause von genau einer Woche soll morgen stattfinden.

Die große Frage ist nunmehr, wie groß der Spielraum ist, den die Göttinger für die endgültigen Verhandlungen, d. h. für die „Konzeption der letzten Stunde“, offen gelassen haben. Was den vorliegenden Bericht ergibt ist deutlich, daß sie nicht nur die Differenz, mit denen der erste Angriff geführt werden soll, sondern auch bereits die Rückzugslinie festgelegt haben, bis zu der sie im Falle einer Verhandlungsmöglichkeit zurückweichen bereit sein würden. Für Dr. Schmidt und die deutsche Delegation werden die nächsten Tage jedenfalls zu Großangriffen erster Ordnung werden, und die gegen eine erdrückende Uebermacht zu kämpfen haben. Denn was heute über die Differenz verhandelt, auf die sich die Göttinger einig haben sollen, läßt die Situation noch viel vor wenig günstig erscheinen.

Die Pariser Presse, die heute wieder einmal im Optimismus schwimmt, und die die einseitige Einigung mit Deutschland bereits als gut wie gesichert betrachtet, scheint diese Aussicht vor allem darauf zu gründen, daß Owen Young während der ganzen Dauer der interalliierten Verhandlungen mit der deutschen Delegation in Verbindung geblieben und diese insbesonders über das Ergebnis auf dem laufenden gehalten haben soll. Es schließt daraus, daß der Konferenzvorsitzende dem schließlich zustande gekommenen Kompositum kaum angeschlossen haben würde, wenn es nicht im voraus der Annahme durch die deutsche Delegation sicher gewesen wäre. Es scheint dabei nur zu verzeihen, daß, wie sie selbst vor kaum 24 Stunden berichtet hat, Owen Young eine Reduktion der alliierten Forderungen auf höchstens acht Milliarden als unerschöpflich bezeichnet hat, um als Basis für die weitere Diskussion mit der deutschen Delegation dienen zu können. Falls er sich wirklich seinen Vorschlag ausgesprochen haben sollte, so kann er es nur getan haben, um Dr. Schmidt das Feld für den entscheidenden Endkampf zu überlassen.

Der Verhandlungswille der deutschen Delegation und ihre von Anfang an betonte Bereitschaft, in den Konzeptionen an die Göttinger bis zur äußersten Grenze der deutschen Verhandlungsfähigkeit zu gehen, schließt übrigens in Frankreich kein großes Publikum eine viel gerechtere Beurteilung zu finden als in der Presse. Bezeichnend dafür ist ein Bericht, der sich gestern abend im Théâtre de l'Avenue abgespielt hat, wo Dr. Schmidt in einer Rede einer Vorstellung von Leonard Frank „Karl und Anna“ betonte und wo das Publikum ihm, als es ihn erkannte, eine respektvolle Ovation bereitet hat.

Dr. H. Krüger

Der Verfasser dieses Artikels hat als langjähriger gewählter Steuerberater und Steuerbevollmächtigter seine Erfahrungen über die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Landwirtschaft und ihre dringende an anderer Stelle und zugleich in weitem Umfange machen können.

Von Kuritz führt der Weg nach Ikehoe und wird weiter in dieser Richtung gehen. Es drängt sich daher der Öffentlichkeit die Frage auf, ob man die in der Landwirtschaft anscheinend bis in fünf getriebene Bewegung, dem Staat mit diesen Methoden gegenüberzutreten, ausschließlich auf einer unerschöpflichen Notlage juristisch gründen kann oder ob ihr doch nicht etwa noch andere Motive zugrunde liegen.

Die Frage des Verschuldens an der Notlage der Landwirtschaft zu erörtern, kann nicht der Zweck dieser Ausführungen sein, wennschon nicht unerwähnt bleiben darf, daß gerade der niederländische und offizielle Marktbesitzer sich um ihrer Fähigkeit betriebswirtschaftlicher Steuerungen verdienstet, die den Sozialismus schon manches Wirtschaftsbereichs hat ertötet lassen. Die Zahl derer, die unheimlich mit allen Fortschrittsgeräten und moderner Agrartechnik ausgestattet, aber ungenügend weiterentwickelt, ist gerade in der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins und Hannovers nicht gering zu sein. Nicht alle haben gelernt, ihren Betrieb im Spiegel der Konjunktur der Zeit zu führen und den veränderten volkswirtschaftlichen Bedürfnissen gemäß umzustellen. Diese Landwirte jammern haben keinen Grund, sich über die heute ausbleibende Rente ihres Betriebes zu beklagen.

Was nun insbesondere die steuerliche Belastung der Landwirtschaft betrifft, so wird kein Zweifel lauen, daß die die Grenze des Normalen überschritten hat. Der Bauer verzehrt aber allzu leicht, daß seine Steuern nur ein Teil der Gesamtlöhne ist, an der angelegten der äußeren Verhältnissen, was der Reihe die anderen Berufsstände teilweise. Die meisten Arbeiternehmer sind jedoch 10 u. S. vom Lohn einschließen worden, bevor er sich überhaupt zu Gesicht bekommen hat? Welcher Kaufmann oder Gewerbetreibende hätte sich früher von einer Umwälzung und bereit erbehalten kommunalen Zulagen, um steuerlichen Schwierigkeiten in Form der Gewerbesteuer träumen lassen, wiewohl Industrie wohl von Aufzugsanlagen, und welcher Arzt, Anwalt usw. hätte angelehnt der fehlenden Normen der Gewerbesteuerung jemals daran gedacht, daß er steuerlich noch einmal zum Gewerbetreibenden würde? Dies alles vermehren die Bauern und wegen sich in dem Glauben, daß sie allein die Hauptlasten zu tragen, die Steuern für die Städte „mitzugeben“ haben.

Siehe, kommt eine Reihe weiterer steuerrechtlicher und steuerpolitischer Irrtümer, die ihren Ursprung teils in den überparten Forderungen ihrer Organisationen, teils in der Trägheit bei Änderungen durch Aufzeichnungen klare Grundlagen für eine gerechte Steuerumverteilung zu finden, haben. Nebenbei ist die Aussicht auf eine Steuerreform mit Nebenfall aufgegeben — einerlei, ob der erhoffte Erfolg den landwirtschaftlichen Interessen dienlich ist oder nicht. Was typisches Beispiel mögen die Steuererträge, später auch die Abschreibung der Grundstücke, die in der Landwirtschaft zu finden. Vom Standpunkt der Landwirtschaft gesehen lag diese Steuerumverteilung durchaus nicht im unmittelbaren Interesse der landwirtschaftlichen Güterzeugung; denn der Landwirtschaft selbst sind von den Produkten der Schweinegattung und auch vom Milchvieh ein erheblicher Teil — seine zumeist nur einmal im Jahr um. Dabei spielt 10 u. S. bei der Umwälzung mehr oder weniger nahezu gar keine Rolle. Trotzdem vertreten die Mitglieder der landwirtschaftlichen Zusammenschlüsse den Standpunkt der Umwälzung mit einer Beschränkung, die die in der Landwirtschaft der Organisationen des Handels und Gewerbes, die hiervon unmittelbar stark interessiert waren, im Stillen beneidet haben mag.

Typisch auch die häufige Forderung nach einwandfreien Steuererträgen in den Jahren 1928 und 1929, an denen in den ersten Jahren des Erhebungszeitraums mit einer auf den Steuererträgen lag. Kommt einmal ein Wachstum und Betriebsverfall des Landesinneren aus dem Land, die tatsächlichen Ertragswerte feststellen und den Bedürfnissen der Landwirtschaft des Grundbesitzers mit einem in den alten Verhältnissen erwerbsfähigen lassen, kann die Landwirtschaft leichter zu verstanden. Eine Gemeine Kunde die andere „hoheguthaben“, die über die Macht und umgelenkt; und wenn es einem noch mußte: Verhandlungen

Die Krise in Neustrelitz

Ein Beauftragter der Reichsregierung entkifft

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

\* Neustrelitz, 12. April

Die große Krise im Meinen Land hat einen historisch unangenehmen Grund gefunden. In Medlenburg-Steinlich besteht zurzeit keine Regierung, nachdem Freiherr von Helldorf seinen Austritt erklärt hat. Die Reichsregierung hat heute bereits den Ministerialrat im Reichsministerium des Innern Dr. Sauerbruch nach Neustrelitz entsandt, um eine Einigung zwischen den für eine Regierungsbildung in Frage kommenden Parteien zu versuchen.

Um dem Beauftragten der Reichsregierung die Möglichkeit zu geben, seine Aufgabe auszuführen, vertrat sich der Medlenburg-Steinliche Senat heute nachmittags nach längerer Debatte auf Montag vormittags 10 Uhr, nachdem der delegationsmäßige Antrag auf sofortige Landtagsauflösung auf den Widerstand der Sozialdemokraten gestoßen war und dadurch nicht die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit gefunden hatte.

Sollte die Verhandlungssache ebenfalls scheitern, so sollte der Staatsminister v. Helldorf wieder die Fortführung der Regierungsgeschäfte ablehnen, so würde eventuelle die Entscheidung eines Reichskommissars nach Neustrelitz in Betracht kommen mit dem Auftrag, die Verwaltung des Landes weiterzuführen. Nur in diesem Sinne kann ein Eingreifen der Reichsregierung in Betracht kommen, nicht im Sinne einer förmlichen Reichsregierung.

Wenn man jetzt einmal annimmt, wie es denn zu diesem Konflikt in den letzten Wochen gekommen ist, das im ganzen 110 000 Einwohner hat, also kaum soviel wie die kleinste deutsche Großstadt, hat man erst, welche groteske Formen die parlamentarische Komödie hier angenommen hat. Die fortwährende Debatte und kein Schluß durch Unterschriften der Bevollmächtigten der Sozialdemokraten, der Christlichen Arbeitergemeinschaft, der Demokraten, der Volkspartei und des Bauernbundes betrieht, war in Vorverhandlungen der Sozialhaltungsplan festgestellt und angenommen worden. Weiter wurde beschlossen, daß die Sozialdemokraten den Minister, die Volkspartei und die Demokraten als Vertreter der christlichen Arbeitergemeinschaft gleichberechtigte Staatsräte stellen sollten.

Was ist in scharfer Ordnung, als gestern plötzlich von der Bauernvereiner-Gruppe, obwohl gerade sie mit den Demokraten zusammengehörig ist, erklärt wurde, daß der demokratische Kandidat für den Staatsratsposten, der Telephonoberinspektor Wandisch, für sie nicht tragbar wäre. Er sei nämlich Bauernvereiner und er beantrage eine weitere Staatsratsstelle für ihren Schneidermeister Frank. Dabei gab es auch Unklarheit über Funktion an. Das warf alle Abmachungen wieder über den Haufen. Die Folge davon war, daß der Handball abgelehnt wurde. Es ist übrigens kein Geheimnis, daß hierauf sofort mit den Deputationsmitgliedern verhandelt wurde, über die Bildung einer Regierung von den Demokraten bis zu den Christlichen, in der der frühere Vertreter der Demokraten, Dr. Fußhöft, wieder Minister geworden wäre. Die Deutsche Volkspartei unter ihrem Führer Dr. Gelpert lehnte aber eine solche Lösung ab.